

## RAN im Westbalkan Studienreise

10.05.2022

### ABSCHLUSSBERICHT

RAN im Westbalkan – Studienreise

28.–29. April 2022, Berlin

# Umgang mit zurückkehrenden ausländischen terroristischen KämpferInnen und ihren Familienangehörigen

## Wesentliche Ergebnisse

Der Umgang mit zurückkehrenden ausländischen terroristischen KämpferInnen und ihren Familienangehörigen aus (ehemals) vom IS kontrollierten Gebieten in Syrien und dem Irak sowie ihre Rehabilitation betrifft verschiedene AkteurInnen. Es ist klar, dass Strukturen und Prozesse für den multiprofessionellen Austausch und die Zusammenarbeit verschiedener InteressenvertreterInnen notwendig sind, um in bestimmten Fällen, insbesondere wenn Kinder beteiligt sind, ein gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen. Dies bedeutet, dass Interessengruppen wie AkteurInnen aus dem Sicherheitsbereich, der Strafverfolgung, den Sozialdiensten und der Jugendbetreuung, Diensten für (psychische) Gesundheit, Haftanstalten und der Bewährungshilfe, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Anbieter von Entradikalisierungsprogrammen sowie VertreterInnen von Bildungs- und Beschäftigungsförderung mit häufig divergierenden Perspektiven und unterschiedlichem Informationsstand in einem vertrauensvollen Rahmen zusammenarbeiten müssen. Dieser Beitrag enthält die wichtigsten Erkenntnisse einer Studienreise nach Berlin. Dort fand ein Austausch zwischen Fachleuten aus westlichen Balkanstaaten mit KollegInnen aus Berlin und untereinander statt. Bei dem Treffen sprachen die Teilnehmenden über die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Umgang mit ausländischen terroristischen KämpferInnen und ihren Familienangehörigen im Rahmen einer akteursübergreifenden Zusammenarbeit und zogen Lehren aus vergleichenden Analysen des in Berlin bzw. den westlichen Balkanstaaten verfolgten Ansatzes.

Unter anderem wurden die folgenden allgemeinen Schlussfolgerungen gezogen:

- **Die meisten westlichen Balkanstaaten haben bereits funktionierende Kooperationsmodelle und sehr viel Erfahrung mit diesen Situationen.** Allerdings sind AkteurInnen aus der Zivilgesellschaft kaum in diese Modelle eingebunden.
- **Vertrautheit zwischen allen institutionellen Anlaufstellen in einem Kooperationsmodell ist entscheidend** für eine effektive Zusammenarbeit. Bislang ändern sich Personal und Zuständigkeiten jedoch häufig, was zu Schwierigkeiten und der Notwendigkeit führt, immer wieder Vertrauen aufbauen zu müssen.

- Neben dem Umgang mit ausländischen terroristischen KämpferInnen, die aus Syrien und dem Irak zurückkehren, **wächst die Sorge im Hinblick auf die Ausreise, Rückkehr und nur in geringem Maß stattfindende Strafverfolgung von RückkehrerInnen aus der Ukraine**, die dem gewaltbereiten Rechtsextremismus zuzurechnen sind. Hier ist ein Erfahrungstransfer von der Arbeit mit zurückkehrenden islamistischen ExtremistInnen auf die mit RechtsextremistInnen notwendig.

## Zentrale Punkte der Diskussion und nützliche Überlegungen

Der Erfahrungsaustausch über den Umgang mit zurückkehrenden ausländischen terroristischen KämpferInnen und ihren Familienangehörigen in Deutschland und dem Westbalkan hat gezeigt, dass immer eine gewisse Koordination zwischen den verschiedenen Beteiligten erforderlich ist. Aus der fast ein Jahrzehnt umspannenden Erfahrung mit RückkehrerInnen in der EU und auf dem Westbalkan lässt sich ablesen, dass die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen sehr verschiedenen Gruppen von AkteurInnen in irgendeiner Form heute selbstverständlich ist. Die Frage lautet nicht mehr „ob“, sondern „wie“. Daher konzentrierten sich die Vortragenden und Teilnehmenden auf die Implementierung von Strukturen für den Informationsaustausch und für ein gemeinsames Vorgehen im Rahmen einer akteursübergreifenden Zusammenarbeit. Ein Schwerpunkt lag auf dem Vertrauensaufbau zwischen allen Beteiligten. Weitere Gesprächsthemen waren die geeignete Wahl der Haftbedingungen für die Zielgruppe (z. B. eigene Bereiche für RückkehrerInnen oder Verteilung im Gefängnis), Überlegungen zu Geschlechterunterschieden, der Umgang mit Fällen, in denen Kinder beteiligt sind, und der Rehabilitationsprozess, einschließlich der Tatsache, wie wichtig es ist, die Aufnahmegemeinschaften auf die Rückkehr ausländischer terroristischer KämpferInnen vorzubereiten.

## Grundlegende Strukturen für die Koordination des Rehabilitations- und Wiedereingliederungsprozesses aufbauen

- **Strategisches Netzwerken** ist der notwendige erste Schritt, um alle für die Arbeit an einzelnen Fällen notwendigen Interessengruppen zu identifizieren und an einen Tisch zu bringen. Dieser Prozess erfordert beträchtliche Zeit und Ressourcen, was beim Aufbau eines Rückkehrmechanismus berücksichtigt werden muss.
- **Eine hohe Fluktuation der Verantwortlichen bei kooperierenden Institutionen und Organisationen ist für viele PraktikerInnen ein zentrales Problem.** In vielen Kontexten wechselt das Personal häufig, was den erneuten Aufbau von Vertrauen erforderlich macht und die eigentliche Zusammenarbeit verlangsamt. Bei Kooperationen mit einer festen Anlaufstelle über einen längeren Zeitraum besteht eher die Chance, effektive Mechanismen aufzubauen. Dabei muss die Entscheidungsbefugnis der Person als Vertretung der Organisation/Institution berücksichtigt werden. Anlaufstellen sollten über einen relativ langen Zeitraum bestehen, um für Vertrautheit und einen niedrigschwelligen, schnellen Austausch zu sorgen.
- **Häufige Herausforderungen** beim Aufbau einer akteursübergreifenden Zusammenarbeit sind:
  - Divergierende Interessen und Sichtweisen der Beteiligten, insbesondere zwischen AkteurInnen aus dem Sicherheitsbereich und aus anderen Bereichen sowie zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen
  - Mangelndes Verständnis der eigenen Rolle und mangelhafte Aufgabenteilung
  - Datenschutz und Hürden für den Austausch vertraulicher Informationen über Personen zwischen verschiedenen Beteiligten
  - Fehlendes Vertrauen, insbesondere zwischen Sicherheitsbehörden und (nichtstaatlichen) SozialarbeiterInnen

- Um eine Zusammenarbeit zu ermöglichen, ist ein **langfristiger Vertrauensaufbau zwischen allen Beteiligten** erforderlich. Dies ist die Grundlage für einen effektiven Austausch von Informationen und Sichtweisen (innerhalb des vom Datenschutz und den entsprechenden Gesetzen vorgegebenen Rahmens). Zu den in der Praxis entwickelten Lösungsstrategien gehören:
  - Gelegenheiten zum persönlichen Austausch und Aufbau von Verbindungen bei kleinformatischen Treffen
  - Aufbau gegenseitigen Vertrauens am besten bei der tatsächlichen Arbeit an (fiktiven) Fällen, z. B. in Form von Planübungen
  - Entwickeln einer klaren Übersicht über Anlaufstellen und direkte Verbindungen zwischen KooperationspartnerInnen durch den Austausch von Kontaktdaten
  - Ausbauen des Verständnisses für die Rollen der anderen sowie die mit den jeweiligen Berufsfeldern einhergehenden Vorteile, zum Beispiel durch:
    - Transparentes Ansprechen von Stereotypen und Vorurteilen
    - Festlegen klarer politischer und praktischer Rahmenbedingungen, einschließlich der Grenzen der jeweiligen Aufgabengebiete
    - Fördern des Verständnisses für die Sichtweise der anderen durch transparente Einblicke in die Entscheidungsfindungsprozesse
  - Feedback- und Evaluationsrunden auf Kooperationsebene und nicht nur innerhalb der jeweiligen Organisation/Institution, einschließlich Supervision
- **Formate für einen regelmäßigen Austausch erleichtern eine gute Zusammenarbeit.** Regelmäßig angesetzte Treffen zum Austausch über die allgemeine Zusammenarbeit und die Fortschritte in der Fallarbeit ermöglichen eine effektive und sich ergänzende Planung von Maßnahmen auf allen Seiten.
  - Darüber hinaus weisen die PraktikerInnen darauf hin, dass eine gewisse Flexibilität erforderlich ist, um ad hoc über einzelne Fälle sprechen zu können.
- Fachleute und PraktikerInnen sind sich in vielen Kontexten immer noch nicht einig, **ob ausländische terroristische KämpferInnen gemeinsam inhaftiert werden sollten**, zum Beispiel in besonderen Bereichen für TerroristInnen, oder auf das gesamte Gefängnis verteilt werden sollten. Beide Herangehensweisen haben Risiken und Vorteile im Hinblick auf die Rekrutierung und Radikalisierung anderer Häftlinge, die Überwachung möglicherweise gefährlicher Aktivitäten, die Radikalisierung und die Risikobewertung.
- Die Einrichtung einer **Hotline oder eines Kontakts im Notfall** bei einer koordinierenden Stelle wurde als Möglichkeit diskutiert, den Zugang zu einem etablierten Netzwerk mit Fachkenntnissen und Erfahrung zu ermöglichen. So könnten Behörden und PraktikerInnen mit weniger Erfahrung sachkundige ExpertInnen zur Unterstützung hinzuziehen.
- **Gemeinsame Vorbereitung:** Die Durchführung gemeinsamer vorbereitender Schulungen und Übungen vor der Ankunft von RückkehrerInnen hat zu reibungslosen Abläufen bei der Ankunft beigetragen.

## Die Bedürfnisse zurückkehrender Kinder berücksichtigen

- Eine besondere Herausforderung, auf die hingewiesen wurde, ist der Umgang mit **Kindern ausländischer terroristischer KämpferInnen, die in Syrien/dem Irak geboren wurden und keine Geburtsurkunde** des Herkunftslandes ihrer Eltern haben, also des Landes, in das sie zurückkehren. In vielen Fällen hängt die Erbringung grundlegender Sozial- und Bildungsleistungen vom staatsbürgerschaftlichen Status einer Person ab. Es muss darauf hingewiesen werden, dass der Erhalt einer Geburtsurkunde von der Kooperationsbereitschaft/dem Willen einzelner Zuständiger abhängen kann (z. B. von einem bestimmten Richter oder einer Richterin). Dies erfordert von den verantwortlichen FallmanagerInnen manchmal kreative Lösungen. Es wäre wünschenswert, hier klare Regeln und Leitlinien aufzustellen.

- In den meisten Fällen wird die Staatsbürgerschaft schließlich per **DNA-Test** eines Eltern- oder Großelternteils bestätigt – manchmal bereits vor der Rückführung.
- Eine weitere Herausforderung ist die **Stigmatisierung der Kinder** in der neuen Umgebung:
  - Um die individuellen Bedürfnisse zurückgekehrter Kinder zu erfüllen, arbeitet die Rückkehrkoordination Berlin eng mit dem Sozialdienst und der Jugendfürsorge in den einzelnen Stadtbezirken zusammen, darunter auch mit Fachkräften für psychische Gesundheit. Der Schwerpunkt liegt auf der raschen Integration der Kinder in Tageseinrichtungen und Schulen.
  - Die Frage, ob **Informationen über den Hintergrund eines Kindes gegenüber der Schule oder Kindertageseinrichtung offengelegt werden sollen** ist unter Umständen schwer zu beantworten: In manchen Fällen kann es für Lehrkräfte und Betreuungspersonen hilfreich sein, auf mögliche Traumata hingewiesen zu werden, aber insgesamt soll das Risiko einer Stigmatisierung des Kindes möglichst begrenzt werden. Die PraktikerInnen schlugen vor, nur der Schulleitung relevant erscheinende Informationen über ein Kind zu geben.
  - **Ländliche/weniger dicht besiedelte Gegenden bieten weniger Chancen auf Anonymität für zurückgekehrte ausländische terroristische KämpferInnen** und ihre Kinder. KoordinatorInnen und FallmanagerInnen sollten in solch einer Situation zusammen mit allen direkt betroffenen Personen die möglichen Vor- und Nachteile einer Rückführung genau abwägen.
- Leider wird die Rückführung und Wiedereingliederung Erwachsener und Kinder noch immer häufig durch **an die Medien weitergegebene Informationen** verlangsamt/verkompliziert.

## Den Entradikalisierungs- und Rehabilitationsprozess unterstützen

- Aufgrund der Einzigartigkeit jedes Falls sind im Hinblick auf die Deradikalisierung und Distanzierung **bedürfnisorientierte und langfristige Herangehensweisen** einschließlich geschlechtsspezifischer Ansätze und Überlegungen erforderlich.
  - Hier gilt es jedoch, die **hohen Anforderungen an die PraktikerInnen zu berücksichtigen, die oft rund um die Uhr zur Verfügung stehen**, um mit Betroffenen zu arbeiten. Dies hat beträchtliche Auswirkungen auf ihr eigenes Leben und ihre psychische Gesundheit. Wenn dieses Engagement anerkannt wird, könnte dies zur Einrichtung von Supervision und einer höheren Zuteilung von Ressourcen für die Fachkräfte selbst führen.
- Es ist wichtig, **den psychischen Zustand und sozialen Status der ausländischen terroristischen KämpferInnen vor ihrer Abreise nach Syrien/in den Irak zu berücksichtigen**. In vielen Fällen gab es schon vorher Herausforderungen wie Familienkonflikte, Kriminalität, Suchtmittelkonsum usw., die durch Traumata verschärft werden können, wenn die RückkehrerInnen einfach in ihr vorheriges Umfeld zurückgebracht werden.
- Den PraktikerInnen muss bewusst sein, dass die Zeit in Syrien und dem Irak oft durch die **Entwicklung von für das Krisengebiet notwendigen internen Abwehrmechanismen und psychologischen Bewältigungsstrategien** geprägt ist, um mit der Situation dort zurechtzukommen (einschließlich Mechanismen zur Legitimierung der eigenen (gewalttätigen) Handlungen der RückkehrerInnen, woraus die Vorstellung erwächst, keine andere Wahl gehabt zu haben, um sich von dem Gefühl zu befreien, Verantwortung zu tragen und anderen geschadet zu haben).
  - **Die Ablehnung der eigenen Handlungen und Entscheidungsfähigkeit** kann ein Ergebnis dieser Bewältigungsmechanismen sein und dazu führen, dass die Personen, die bei der Rehabilitation helfen sollen, idealisiert werden.
  - **Die Leugnung des eigenen Beitrags zum Leid anderer** ist ein Bewältigungsmechanismus basierend auf der Gefahr eines schwankenden Selbstbildes. Wird dieser Beitrag akzeptiert, kann dies Gefühle wie Scham, Reue und/oder Schuld zur Folge haben, die verarbeitet werden müssen.
- Wenn RückkehrerInnen nicht verurteilt (und inhaftiert) werden, kann es schwierig sein, sie **auf freiwilliger Basis zu Rehabilitation und Ausstieg** zu bewegen. Soziale Leistungen können ein hilfreicher Ansatz sein, um den Kontakt herzustellen. Viele Angehörige der Zielgruppe bevorzugen den Austausch mit Sozialdiensten gegenüber dem mit Sicherheitsbehörden.

- PraktikerInnen berichteten, dass einige **ausländische terroristische KämpferInnen nach der Rückkehr eine dauerhafte Opferhaltung** einnehmen: Aus ihrer Sicht erfüllte sich zuerst das Versprechen des IS auf ein gutes Leben nicht und dann wurden sie von ihrem eigenen Land in den Camps allein gelassen.
- Bei Menschen mit **starken religiösen Bedürfnissen** kann die Beteiligung von Personen mit guten Kenntnissen der Religion oder sogar eines Imam oder von VertreterInnen einer positiven religiösen Gemeinschaft für eine gute Beteiligung am allgemeinen Rehabilitationsprozess sorgen. In manchen Ländern sind Fachkräfte mit Religionskenntnissen automatisch eingebunden/verfügbar, in anderen werden religiöse AkteurInnen nur auf ausdrücklichen Wunsch der Beratenen hinzugezogen.

## Empfehlungen

### Allgemeine Empfehlungen im Hinblick auf die Zusammenarbeit verschiedener InteressenvertreterInnen bei der Rehabilitation ausländischer terroristischer KämpferInnen und ihrer Familienangehörigen

- **Jede beteiligte Organisation/Institution sollte (ein Team von) Anlaufstellen benennen**, um für Vertrautheit und Kontinuität zu sorgen.
- **Für die Zusammenarbeit verschiedener InteressenvertreterInnen sollten klare Regeln und Rahmenbedingungen festgelegt werden**, um Sicherheit für die Beteiligten zu schaffen (unter anderem basierend auf den notwendigen Regeln und Gesetzen für den Datenschutz).
- **Idealerweise sollten die Beteiligten vor dem Beginn der eigentlichen Arbeit gemeinsame Schulungen und Planübungen anhand realer Fälle absolvieren**. Falls die Zusammenarbeit bereits begonnen hat, werden externe BeobachterInnen und/oder EvaluatorInnen empfohlen, die sich auf den Prozess der Zusammenarbeit selbst konzentrieren und nicht auf einzelne AkteurInnen.

### Empfehlungen für die westlichen Balkanstaaten

- **Ein kontinuierlicher regionaler und interinstitutioneller Austausch zwischen Fachkräften und PraktikerInnen in der Region sollte gefördert werden**.
- In diesem Zusammenhang **ist ein fortlaufender Austausch über aktuelle extremistische Phänomene in der gesamten Region notwendig**. Der Umgang mit dem islamistischen Extremismus und ausländischen terroristischen KämpferInnen bleibt eine Herausforderung, aber die Gefahr des Rechtsextremismus wächst derzeit in einigen Ländern der Region.
  - Angesichts des Krieges in der Ukraine **sollte die Anwendbarkeit von Gesetzen für islamistische ausländische terroristische KämpferInnen geprüft und an möglicherweise zurückkehrende rechtsextremistische ausländische terroristische KämpferInnen angepasst werden**.
  - **Darüber hinaus sollten die Lektionen und Mechanismen, die im Umgang mit islamistischem Extremismus entwickelt wurden, auf gewaltbereite RechtsextremistInnen übertragen und angepasst werden** – einen Bereich, in dem im Westbalkan noch kaum praktisch gearbeitet wird.
- **Die westlichen Balkanstaaten sollten über die Schaffung nationaler Koordinationsmechanismen nachdenken, um den Umgang mit Radikalisierung, einschließlich ausländischer terroristischer KämpferInnen, zu unterstützen**.

- Viele der westlichen Balkanstaaten haben bereits Koordinationsmechanismen, aber es mangelt noch an der Einbindung zivilgesellschaftlicher Partner. **Die Staaten sollten ihre Bemühungen fortsetzen, die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Rehabilitation und Wiedereingliederung zu fördern. Dieser Bereich sollte nicht allein dem Staat (und den Sicherheitsbehörden) vorbehalten sein.**
- **Die westlichen Balkanstaaten sollten staatliche Finanzierungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Initiativen und NROs im Bereich der P/CVE-Arbeit und Rehabilitation schaffen.** Bislang ist der Begriff „NRO“ noch zu oft mit der unerwünschten und problematischen ausländischen Finanzierung fragwürdiger, häufig religiöser oder politischer AkteurInnen verknüpft.

## Relevante Praktiken

1. [Interaktive Planübungen](#), wie sie von der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina im März 2022 in Sarajevo organisiert wurden, dienen als Beispiel, wie sich VertreterInnen aus den verschiedensten Bereichen, Behörden und der Zivilgesellschaft an einen Tisch bringen lassen, um gemeinsam die Herausforderungen durch den gewaltbereiten Extremismus zu untersuchen, mit dem Ziel, den BürgerInnen zu helfen.
2. Aufgabe der [Rückkehrkoordination Berlin](#) ist es, eine Strategie zu entwickeln, wie RückkehrerInnen wiedereingegliedert werden können und wie sich ein multiprofessionelles, interdisziplinäres Netzwerk schaffen lässt, in dem Verantwortungsbereiche klar definiert sind und fallbezogene Informationen ausgetauscht sowie individuelle Maßnahmen diskutiert und ergriffen werden.
3. [TRIAS Berlin](#) arbeitet an der Schnittstelle zwischen Extremismusprävention und Gesundheitswesen. Das Projekt ruht auf zwei Säulen: der Einbeziehung psychologischer PsychotherapeutInnen in die Arbeit mit KlientInnen und ihren Familien und dem Kompetenzaufbau auf kommunaler Ebene zwischen Tertiärprävention und dem Gesundheitswesen in Berlin.
4. Die [PREVENT Beratungsstelle Berlin](#) bietet umfassende Maßnahmen der spezifischen Prävention, Intervention und Deradikalisierung im Bereich des religiös begründeten Extremismus an. Dazu gehören Präventions-Workshops an Schulen, Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte, Beratung für Eltern und Angehörige sowie maßgeschneiderte Deradikalisierungsangebote.
5. Die [Beratungsstelle „Radikalisierung“](#) des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bietet eine Erstanlaufstelle für Ratsuchende, die befürchten, dass sich eine Person in ihrem Umfeld islamistisch radikalisiert, und stellt den Kontakt zu verschiedenen Einrichtungen und Netzwerken vor Ort her.

## Folgemaßnahmen

Die Teilnehmenden aus den westlichen Balkanstaaten wiesen auf die Notwendigkeit eines weiteren internationalen und regionalen Austauschs hin, um ihre Tätigkeit sowie die fortlaufende Entwicklung von Arbeitsprozessen in ihren Ländern zu unterstützen. Dies ist über weitere Workshops von RAN im Westbalkan problemlos möglich. Im Hinblick auf die Themen scheint eine weitere Untersuchung der Prävention und Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus und insbesondere der Sekundär- und Tertiärprävention im Zusammenhang mit (gewaltbareitem) Rechtsextremismus notwendig.

## Weiterführende Literatur

Perešin, A., Hasanović, M. und Bytyqi, K. (2021). Female returnees from Syria to the Western Balkans: Between regret and „caliphate nostalgia“. *Perspectives on Terrorism*, 15(5), 29–45. <https://www.universiteitleiden.nl/binaries/content/assets/customsites/perspectives-on-terrorism/2021/issue-5/peresin-et-al.pdf>

Petrović, P. und Ignjatijević, M. (2022). *Migrants are leaving, but hatred remains – The anti-migrant extreme right in Serbia*. Forschungsbericht Nr. 3, Belgrade Centre for Security Policy. <https://bezbednost.org/en/publication/migrants-are-leaving-but-hatred-remains-the-anti-migrant-extreme-right-in-serbia/>

Petrović, P. und Ignjatijević, M. (2022). *Resilience to violent extremism in Serbia: The case of Sanjak*. Forschungsbericht Nr. 4, Belgrade Centre for Security Policy. <https://bezbednost.org/en/publication/resilience-to-violent-extremism-in-serbia-the-case-of-sanjak/>

RAN Practitioners. (2021). *RAN im Westbalkan, P/CVE-Arbeit mit Religionsgemeinschaften und glaubensbasierten Organisationen*. Radicalisation Awareness Network. [https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2022-02/ran\\_in\\_the\\_western\\_balkans\\_skopje\\_21-22102021\\_de.pdf](https://home-affairs.ec.europa.eu/system/files/2022-02/ran_in_the_western_balkans_skopje_21-22102021_de.pdf)